

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 23.01.2006

im Violetten Saal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Bernd Schulte	CDU	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	für Ratsherrn Adam

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller	SPD	
Ratsfrau Eveline Haue	SPD	
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD	

von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse	Grüne	
--------------------------	-------	--

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	
------------------------	-----	--

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL	
---------------------------	----	--

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL	
----------------------------	-----	--

Gäste:

Herr Polizeirat Griesing	Leiter der Polizeiinspektion 2
--------------------------	--------------------------------

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Frau Martina von Schaewen

Herr Martin Haase

Schriftführerin:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

CDU

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 16:58 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Teileinrichtungssatzung Saarlandstraße
Vorlage: 338/2006**

Beschluss:

Die Teileinrichtungssatzung „Saarlandstraße“ wird in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

**3. Antrag der CDU-Fraktion
hier: Haushaltsplanberatungen, Stellenplan, grundsätzliche Strukturveränderungen, direkte kurzfristige Kostenersparnis**

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 19.01.2006 bereits zugegangen ist. Der Antrag der CDU-Fraktion und die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten sind als **Anlage 2 und 3** dem Original der Niederschrift beigefügt.

Ratsfrau Gabler erläutert den vorgelegten Antrag der CDU-Fraktion und geht auf weitere Einzelheiten ein.

Im Verlauf der sich anschließenden kurzen Aussprache stellt Ratsherr Morisse den Antrag, das Lüdenscheider Modell ein Jahr weiterzuführen und konkret berechnet auf Kosten-Nutzen-Effekte zu überprüfen. Bis dahin habe das Jugendamt Gelegenheit, den pädagogischen Wert der Arbeit in greifbare Zahlen zu fassen, um Personalausgaben einerseits und Einsparungen für die Stadt bei anderen Betreuungsformen gegeneinander abzuwägen.

Bürgermeister Dzewas bittet Ratsherrn Morisse, den Antrag vor der Beratung im Fachausschuss noch einmal schriftlich zu fassen und der Verwaltung zuzuleiten.

Die Anträge von CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden einvernehmlich zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

4. Ordnungspartnerschaft "Randgruppen im Innenstadtbereich" Vorlage: 348/2006

Bürgermeister Dzewas begrüßt zu diesem Punkt der Tagesordnung Polizeirat Griesing, den Leiter der Polizeiinspektion 2 in Lüdenscheid.

Beigeordneter Theissen erläutert den vorliegenden Bericht und geht auf Einzelheiten ein. Er weist u.a. darauf hin, dass der verstärkte Kontrolldruck der Ordnungspartnerschaft von Stadt und Polizei dazu geführt habe, dass die Szene ausgewichen und aufgespalten worden sei. Die Gruppen seien kleiner geworden und durch die Präsenz der Einsatzkräfte ständig in Bewegung. Neue Schwerpunkte an anderen Orten der Stadt hätten sich nicht gebildet.

Beschluss:

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

5. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Keine.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Keine.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

6.3. Anfragen

6.3.1. Ausbau des Oenekinger Bachs

Ratsherr Metzger verliert seine schriftliche Anfrage vom 17.01.2006, die der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist.

Bürgermeister Dzewas beantwortet die Anfrage wie folgt:

„zu a)

Der zuständige Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen wurde zuletzt schriftlich im Dezember 2005 an die fehlende Beantwortung unseres Schreibens vom 28.06.2005 erinnert und nochmals dringlich um eine Beurteilung der Problematik gebeten.

Mit Datum vom 14.12.2005 erhielt der Stadtentwässerungsbetrieb ein Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg, durch das die Bitte auf Verlängerung der Einleitungserlaubnis abgelehnt wurde.

Daraufhin wurde im Januar noch einmal der zuständige Landesminister mit der Bitte um Aufklärung und Mitteilung angeschrieben, ob das Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg inhaltlich mit ihm abgestimmt ist und seine Auffassung zu der zur Überprüfung gestellten Frage richtig wiedergibt. Gleichzeitig haben wir unsere Überraschung ausgedrückt, dass die Korrespondenz jetzt seitens der Bezirksregierung mit dem Stadtentwässerungsbetrieb geführt wird, obwohl die Stadt Lüdenscheid seit einem halben Jahr versucht, die Auffassung des zuständigen Ministeriums in Erfahrung zu bringen. Der Minister wurde nochmals und eindringlich um eine verbindliche Mitteilung in dieser Angelegenheit gebeten.

Zu b)

Die Sanierungsverfügung würde Baukosten in Höhe von ca. 400.000 € verursachen, wovon der SEL 80.000 € tragen würde. Es müssten zwei Bachverrohrungen oberhalb und unterhalb des Eichenwegs bzw. der Waldstraße (mit Kreuzung der B 229) erneuert werden. Dazu kommt ein offener Ausbaubereich des Baches nördlich der vorhandenen Bebauung am Waldrand.

Zu c)

Die Stadt steht in der Verpflichtung zur Durchführung der Maßnahme. Wenn durch die vom Ministerium neuerlich erbetene Mitteilung die Auffassung des RP bestätigen sollte, hängt es vom Zeitpunkt des Baubeginnes und der Dauer der Arbeiten ab, ob die gesamte Summe in 2007 für die Stadt haushaltswirksam wird oder ob entsprechend dem Baufortschritt eine anteilige Verteilung auf die Jahre 2007 und 2008 erfolgen kann. Der SEL geht von einer reinen Bauzeit von einem halben Jahr aus; hinzu käme Ausschreibungsphase, für die ca. 3 Monate anzusetzen wären.“

6.3.2. Wegfall der Ausgleichsabgabe im sozialen Wohnungsbau

Ratsherr Metzger verliest seine schriftliche Anfrage vom 17.01.2006, die der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt ist.

Bürgermeister Dzewas sagt die Beantwortung für die Sitzung des Rates am 06.02.2006 zu.

Vorsitzender

Schriftführer